
Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
Versicherter Personenkreis	<u>2</u>
Arbeitsunfall	<u>5</u>
Wegeunfall	<u>8</u>
Berufskrankheiten	<u>10</u>
MdE / Rente / haftungsausfüllende Kausalität	<u>14</u>
Heilbehandlung / sonstige Leistungen / allgemeines Leistungsrecht (SGB I)	<u>17</u>
Zuständigkeit / UV-Pflichtmitgliedschaft	<u>18</u>
Beitrag	<u>19</u>
Verwaltungsverfahren (SGB X)	<u>20</u>
Sozialgerichtsverfahren (SGG)	<u>22</u>
Sonstiges Verfahrensrecht	<u>24</u>
Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX)	<u>25</u>

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anla-
gen)

Versicherter Personenkreis

- 03 Statusfeststellungsverfahren einer Pflegeperson für Minderjährige – Klägerin begehrt Anerkennung als Beschäftigte des Jugendamtes – Klage und Berufung hatten keinen Erfolg – beauftragte Pflegemutter nimmt ihre Tätigkeit im sozialrechtlichen Sinne ehrenamtlich wahr – maßgebliche Bedeutung hat bei der Beurteilung die Höhe der gewährten finanziellen Anerkennung – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 07.09.2022 – L 2 BA 6/22 – DOK 121.21:311 [82 - 90](#)
- 04 Unfall einer 19-jährigen Schülerin auf einer Studienfahrt in der 12. Klasse – Schülerin verletzt sich beim Laufen über einen gepflasterten Hof den Fuß – Rückweg von der Freizeitgestaltung nach Aufforderung durch einen Lehrer, Schlafen zu gehen – kein Versicherungsschutz bei dieser eigenwirtschaftlichen Verrichtung – Revision eingelegt – Urteil des Sächsischen LSG vom 05.11.2021 – L 2 U 185/19 – DOK 311.082:372.1:374.116:374.25 [136 - 148](#)
- 05 Vorsitzender eines gemeinnützigen Pfadfinderstammes verunglückt beim Aussteigen aus dem Pfadfinderbus – keine versicherte Tätigkeit – kein Beschäftigungsverhältnis zum Verein nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII – auch eine Tätigkeit nach § 2 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 Nr. 1 SGB VII in Form einer „Wie-Beschäftigung“ scheidet aus – unfallbringende Tätigkeit reine Mitgliedschaftstätigkeit für den Stamm – keine Versicherung nach § 2 Abs. 1 Nr. 9 SGB VII, da keine Tätigkeit in der Wohlfahrtspflege – für eine freiwillige Versicherung nach § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB VII fehlt es an entsprechendem Antrag – kein formales Versicherungsverhältnis durch Zuständigkeitsbescheid – für sozialrechtlichem Herstellungsanspruch fehlt es an anspruchsbegründender Pflichtverletzung – Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 16.08.2022 – L 3 U 112/21 – DOK 311.01:311.09:312:330:352:401.011 [185 - 196](#)
- 05 Unfall eines Chormitglieds auf dem Weg zum Auftritt in einer Kirche – Versicherungsschutz gem. § 2 Abs. 1 Nr. 10 b SGB VII bejaht – nicht notwendig, dass Versicherte unmittelbar ehrenamtlich für eine Religionsgemeinschaft tätig werden – auch das Singen eines privat organisierten Chores im Rahmen einer kirchlichen Veranstaltung liegt im Interesse des Gemeinwohls – Freude am Gesang oder an der Gemeinschaft hindert den Versicherungsschutz für [197 - 207](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de; Roswitha.Rath@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- ehrenamtliches Engagement nicht – Urteil des BSG vom 08.12.2022 – B 2 U 19/20 R – DOK 320:311.10
- 06 Fahrt eines ehrenamtlichen DRK-Ortsvorsitzenden zur Generalversammlung eines befreundeten DRK-Ortsvereins – dabei schwerer Verkehrsunfall – versicherte Tätigkeit, weil Besuch u. a. dem Austausch in der Gestaltung der Hilfeleistungstätigkeit diene – nicht nur Hilfetätigkeiten versichert, sondern auch sonstige Tätigkeiten, die den Zwecken des Hilfsdienstes wesentlich dienen – Urteil des BSG vom 08.12.2022 – B 2 U 14/20 R – DOK 311.12 [245 - 256](#)
- 06 Sturz einer stationär untergebrachten Patientin im Badezimmer eines Krankenhauses – war von einem Pfleger zum Toilettengang begleitet worden – kein Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 15 a SGB VII – Toilettengang ist auch in Rehaeinrichtungen als eigenwirtschaftlich anzusehen – keine Verwirklichung eines kliniktypischen Risikos – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 15.09.2022 – L 21 U 25/21 – DOK 311.151 [257 - 271](#)
- 10 Unfall eines Wettkandidaten bei Live-Auftritt in einer Fernsehshow – kein Beschäftigungs- oder „Wie -Beschäftigungsverhältnis“ zum auftraggebenden öffentlich-rechtlichen Fernsehsender – auch kein Versicherungsschutz als ehrenamtlich Tätiger – Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 27.02.2023 – L 12 U 708/22 – DOK 311.01:311.10:312 [478 - 494](#)
- 10 Wegeunfall eines fast 16-jährigen Gymnasialschülers – öffnen der Durchgangstür mit einem mitgebrachten Vierkantschlüssel während der Fahrt und besteigen der E-Lok – Stromschlag und Sturz auf die Verbindungspuffer – Polytrauma und schwerste Verbrennungen – Unfallkausalität gegeben – nicht durch selbstgeschaffene Gefahr ausgeschlossen – Wegeunfallschutz hat in Schülerunfallversicherung den Zweck Kinder und Jugendliche vor Rechtsgutsverletzungen der konkret eingetretenen Art zu bewahren – selbstgeschaffene Gefahr kommt keine überragende Bedeutung zu – objektivierte Handlungstendenz scheidet als Zurechnungsgesichtspunkt für den sachlichen Zusammenhang in der Schülerunfallversicherung weitgehend aus – Jugendliche können wegen kognitiver Verzerrungen und gruppendynamischer Prozesse Erfolg ihres Tuns nicht erkennen – massive alterstypische Selbstüberschätzung – [495 - 505](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de; Roswitha.Rath@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Zurechnungsgesichtspunkt nur Schutzzweck der Norm – Unfall des Klägers vom Zweck des Wegeunfallschutzes in der Schülerunfallversicherung erfasst, da Schüler auf Schulwegen besonders schutzwürdig sind – Urteil des BSG vom 30.03.2023 – B 2 U 3/21 R – DOK 311.082:372.12:374.26:374.286

- 11 Promotionsstudentin verunfallt schwer bei Erkundung einer Bergwerksgrube zur Entnahme von Wasserproben für die Doktorarbeit – Versicherungsschutz gem. § 2 Abs. 1 Nr. 8 c SGB VII grundsätzlich auch für Promotionsstudenten gegeben – hier lag Tätigkeit außerhalb des organisatorischen Verantwortungsbereichs der Hochschule – Grenze des Versicherungsschutzes ist dort zu ziehen, wo keine Einwirkungen auf die jeweilige Verrichtung durch Unfallverhütungsmaßnahmen mehr gewährleistet sind – Berufung auf grundgesetzlich verankerte Wissenschaftsfreiheit führt zu keiner anderen Bewertung – auch keine Aufenthaltsversicherung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 2 SGB VII i. V. m. Satzung – Urteil des BSG vom 22.06.2023 – B 2 U 19/21 R – DOK 311.01:311.083:312

[538 - 547](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Arbeitsunfall

- 03 Arbeitsunfall anerkannt – Sturz auf dem Weg zum Kaffeemünzautomat im Betriebsgebäude des Arbeitgebers versichert – Zurücklegung des Weges mit der Handlungstendenz sich Nahrungsmittel zum alsbaldigen Verzehr zu kaufen grundsätzlich versichert – Versicherungsschutz endet nicht mit Durchschreiten der Tür zu dem Raum in dem der Kaffeeautomat steht – Rechtsprechung zum Durchschreiten der „Außentür“ nicht übertragbar – Raum war zum Zeitpunkt des Ereignisses nicht zur Nahrungsaufnahme genutzt worden – Handlungstendenz entscheidend – kleinste beobachtbare Handlungssequenz maßgebend – Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung der Sache zugelassen – Urteil des Hessischen LSG vom 07.02.2023 – L 3 U 202/21 – DOK 371.1:374.283:374.284 [103 - 115](#)
- 04 Unfall einer 19-jährigen Schülerin auf einer Studienfahrt in der 12. Klasse – Schülerin verletzt sich beim Laufen über einen gepflasterten Hof den Fuß – Rückweg von der Freizeitgestaltung nach Aufforderung durch einen Lehrer, Schlafen zu gehen – kein Versicherungsschutz bei dieser eigenwirtschaftlichen Verrichtung – Revision eingelegt – Urteil des Sächsischen LSG vom 05.11.2021 – L 2 U 185/19 – DOK 311.082:372.1:374.116:374.25 [136 - 148](#)
- 06 Sturz einer stationär untergebrachten Patientin im Badezimmer eines Krankenhauses – war von einem Pfleger zum Toilettengang begleitet worden – kein Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 15 a SGB VII – Toilettengang ist auch in Rehaeinrichtungen als eigenwirtschaftlich anzusehen – keine Verwirklichung eines kliniktypischen Risikos – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 15.09.2022 – L 21 U 25/21 – DOK 311.151 [257 - 271](#)
- 09 Weg zum Postbriefkasten um Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung einzuwerfen als Betriebswegeunfall anerkannt – Erstattungspflicht des UV-Trägers im Erstattungsstreit mit der Krankenversicherung für erbrachte Leistungen – Krankenversicherung war unzuständiger Leistungsträger – innerer sachlicher Zusammenhang zum Beschäftigungsverhältnis – Handlungstendenz auf Erfüllung einer Nebenpflicht aus dem Beschäftigungsverhältnis gerichtet, die dem Arbeitgeber dient – Weg zum Postbriefkasten versicherter Betriebsweg – Bindungswirkung des bestandskräftigen Verwaltungsakts, mit dem die Beklagte gegenüber der Versicherten die Anerkennung des [422 - 433](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de; Roswitha.Rath@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- Sturzereignisses als Arbeitsunfall abgelehnt hat, steht dem nicht entgegen – Urteil des BSG vom 30.03.2023 – B 2 U 1/21 – DOK 163.14:371.1
- 09 Unfall beim „Luftschnappen“ in eingegrenztem Raucherbereich vor dem Betrieb – dabei wurde der Versicherte von einem unvorsichtigen Gabelstaplerfahrer angefahren und verletzt – Versicherungsschutz wegen erhöhter betrieblicher Gefahr vom LSG anerkannt – Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung zugelassen (wurde aber zwischenzeitlich zurückgenommen) – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 27.02.2023 – L 1 U 2032/22 – DOK 374.282 [434 - 444](#)
- 09 Stromunfall eines Versicherten – Arbeitsfähigkeit nach einer Woche – Arbeitsunfall anerkannt – Gesundheitserstschaden vorübergehende Reizsymptomatik des rechten Nervus ulnaris – keine Anerkennung weiterer Unfallfolgen – durch das Unfallereignis verursachte veränderte Lebensumstände, wie betriebliche Konflikte am Arbeitsplatz, sind nicht als Unfallfolge anzuerkennen – keine Zahlung einer Versichertenrente – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 25.01.2023 – L 3 U 984/21 – DOK 375 [459 - 476](#)
- 09 Opfer sexueller Gewalt und die Entschädigung durch die sozialen Sicherungssysteme – Darstellung der aktuellen Situation gemäß dem Opferentschädigungsgesetz und dem SGB VII – Probleme und Schwierigkeiten – Ausblick auf das zum Jahr 2024 kommende SGB XIV und dessen Neuerungen – Hinweis auf Aufsatz von Wilfried Echterhoff und Andreas Kranig, Zur Entschädigung der Opfer sexuellen Kindesmissbrauchs im System der sozialen Sicherung – DOK 311.08:376.6 [477](#)
- 12 Unfall eines selbständigen Versicherungsmaklers nach sonntäglicher Radtour mit potentiell neuem Mitarbeiter, bzw. Geschäftspartner – kein Versicherungsschutz gegeben – vorliegend „Verrichtung mit gemischter Motivationslage“, bei der das betriebliche Gepräge nicht im Vordergrund stand – auch kein versicherter Betriebsausflug oder Wegeunfall anzuerkennen – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 13.09.2023 – L 8 U 1620/22 – DOK 374.28 [614 - 624](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de; Roswitha.Rath@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- 12 Medizinstudentin wurde dreimal gegen Hepatitis B geimpft – später wurde bei ihr Multiple Sklerose festgestellt – kein Zusammenhang zwischen Impfung und MS-Erkrankung – keine wissenschaftlichen Erkenntnisse in diesem Sinne vorhanden – Fehlen anderer Ursachen allein begründet keinen Kausalzusammenhang – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 06.04.2022 – L 10 U 675/19 – DOK 374.3: 370.3

[625 - 633](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath

Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,

Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de; Roswitha.Rath@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Wegeunfall

- 06 Unfall auf dem Weg von einem dritten Ort zur Wohnung – Abholen von Arbeitsmaterialien (Schlüssel und Unterlagen) vor Arbeitsbeginn – kein Wegeunfall – keine Erweiterung des Wegeunfalltatbestandes – Beschluss des LSG Nordrhein-Westfalen vom 21.03.2022 – L 17 U 131/21 – DOK 372.11 [272 - 276](#)
- 07 Anerkannter Wegeunfall mit Verletztenrente nach einer MdE von 20 v.H. – Nichtberücksichtigung einer Erhöhung auf 30 v.H. gemäß § 48 Abs. 3 SGB X und „einfrieren“ der Verletztenrente fehlerhaft – ursprüngliche Bescheide waren nicht rechtswidrig – auf Unfall von 1983 RVO anzuwenden – Wegeunfall richtigerweise anerkannt – Warten nach dem ersten Auffahrunfall hinter dem Fahrzeug stand noch in einem sachlichen Zusammenhang mit der versicherten Zurücklegen des Weges – Handlungstendenz weiter auf Fortsetzung des Weges gerichtet – neuere BSG-Rechtsprechung zu Regulierungsgesprächen nach einem Verkehrsunfall wegen des enger gefassten § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII nicht zu berücksichtigen – Rechtsgedanke des § 48 Abs. 2 SGB X steht dem entgegen – Anspruch der Klägerin ab dem 01.12.2015 auf eine Verletztenrente nach einer MdE von 30 v.H. – Urteil des BSG vom 30.03.2023 – B 2 U 5/23 R – DOK 143.265:372.12:374.28 [306 - 315](#)
- 08 Verkehrsunfall auf dem Weg vom Beschäftigungsort zu einer Tankstelle – Handlungstendenz des Versicherten maßgebend – Handlungstendenz eindeutig zu belegen – Kläger wollte die HEM-Tankstelle auf der W. Straße aufsuchen um zu tanken – Tankstelle liegt nicht auf direktem Heimweg – Kläger ging im Moment des Unfalls eindeutig einer eigenwirtschaftlichen Tätigkeit nach – kein Wegeunfall – Notwendigkeit des Tankens unerheblich – verbrauchsbedingtes Auftanken eines Pkw gehört zu der rein eigenwirtschaftlichen Risikosphäre des Versicherten – Urteil des Sächsischen LSG vom 13.06.2022 – L 2 U 138/19 – DOK 372.12 [371 - 379](#)
- 10 Wegeunfall eines fast 16-jährigen Gymnasialschülers – öffnen der Durchgangstür mit einem mitgebrachten Vierkantschlüssel während der Fahrt und besteigen der E-Lok – Stromschlag und Sturz auf die Verbindungspuffer – Polytrauma und schwerste Verbrennungen – Unfallkausalität gegeben – nicht durch selbstgeschaffene Gefahr [495 - 505](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de; Roswitha.Rath@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

ausgeschlossen – Wegeunfallschutz hat in Schülerunfallversicherung den Zweck Kinder und Jugendliche vor Rechtsgutsverletzungen der konkret eingetretenen Art zu bewahren – selbstgeschaffene Gefahr kommt keine überragende Bedeutung zu – objektivierte Handlungstendenz scheidet als Zurechnungsgesichtspunkt für den sachlichen Zusammenhang in der Schülerunfallversicherung weitgehend aus – Jugendliche können wegen kognitiver Verzerrungen und gruppenspezifischer Prozesse Erfolg ihres Tuns nicht erkennen – massive alterstypische Selbstüberschätzung – Zurechnungsgesichtspunkt nur Schutzzweck der Norm – Unfall des Klägers vom Zweck des Wegeunfallschutzes in der Schülerunfallversicherung erfasst, da Schüler auf Schulwegen besonders schutzwürdig sind – Urteil des BSG vom 30.03.2023 – B 2 U 3/21 R – DOK
311.082:372.12:374.26:374.286

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Berufskrankheiten

- 02 Streit um die Höhe der Übergangsleistungen bei einer Berufskrankheit – Kläger begehrt vollen Minderverdienstausgleich über den gesamten 5-Jahres-Zeitraum – Zweck der Übergangsleistung ist präventiver Natur, er dient nicht zum konkreten Schadensersatz – auch § 2 Abs. 2 SGB I (möglichst weitgehende Verwirklichung sozialer Rechte) gebietet es nicht, den Präventionszweck der Übergangsleistungen hin zu einem konkreten Schadensersatz zu ändern – konkrete Umstände, die eine andere Ermessensauslegung nahelegen könnten, liegen nicht vor – Urteil des Bayerischen LSG vom 02.03.2022 – L 2 U 21/15 – DOK 376.8:111.1 [47 – 57](#)
- 03 Neue, seit 01.08.2021 gültige BK Koxarthrose (BK-Nr. 2116) – Hüftgelenksbeschwerden durch Lastenhandhabung – Darstellung der Voraussetzungen und juristischen sowie praktischen Probleme bei der Feststellung dieser neuen Berufskrankheit – Hinweis auf Aufsatz von Peter Becker, Die neue BK Nr. 2116 Koxarthrose – aus juristischer Sicht – DOK 376-2116 [134 – 135](#)
- 05 Harnblasenkarzinom bei einem Schweißer – streitige BK Nr. 1301 („Erkrankungen durch aromatische Amine“) – hier kein Nachweis des Kontakts zu aromatischen Aminen – gemäß BK-Report 1/2019 „Aromatische Amine“ Schmierfette in der Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zu solchen in der DDR nicht mit aromatischen Aminen versehen – Ablehnung der Anerkennung des Harnblasenkrebses als Berufskrankheit – Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 07.06.2022 – L 3 U 11/22 – DOK 376.3-1301 [208 – 232](#)
- 05 Streit um Anerkennung des Vorliegens einer BK Nr. 4105 bei einem während des SG-Verfahrens verstorbenen Versicherten – Feststellungsklage der Erben – Voraussetzungen des Nachweises der beruflichen Asbestexposition im Vollbeweis nicht erbracht – Urteil des LSG Hamburg vom 21.12.2022 – L 2 U 25/21 ZVW – DOK 376.3-4105 [233 – 244](#)
- 06 Seit Jahren in Notaufnahme tätige Krankenschwester verletzt sich durch eine benutzte Spritze – Anerkennung als (folgenlos ausgeheilte) Arbeitsunfall – Anerkennung als BK Nr. 3101 wird abgelehnt, da zeitlich nur vorübergehender Nachweis einer MRSA- [277 – 295](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de; Roswitha.Rath@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- Infektion nicht ausreichend – normativ-funktioneller Krankheitsbegriff vorliegend nicht erfüllt – zudem Verursachung der MRSA-Infektion durch außerberufliche Faktoren sehr wahrscheinlich – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 10.08.2022 – L 3 U 144/20 – DOK 376.3-3101
- 07 Infektionsgefahr einer Erzieherin in einem Waldkindergarten genügt den Anforderungen an den Nachweis einer für eine BK Nr.3102 nötigen besonders erhöhten Infektionsgefahr – Kein konkreter Nachweis eines Zeckenbisses notwendig – Senat beantwortet offene Frage aus der Entscheidung vom 27.06.2017 – B 2 U 17/15 R – Festhalten am funktionellen Krankheitsbegriff – Urteil des BSG vom 30.03.2023 – B 2 U 2/21 R – DOK 376.3-3102 [316 - 325](#)
- 07 Fragliche Wirbelsäulen-BK bei einem Betonbauer – arbeitsmedizinische Voraussetzungen nicht erfüllt – vorliegend nur eine B3 Konstellation befundet – vom HVBG initiierte Konsensempfehlungen weiterhin wichtiger Maßstab für die Beurteilung der arbeitsmedizinischen Voraussetzungen einer Berufskrankheit – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 20.01.2023 – S 21 U 113/19 – DOK 376.3-2108 [326 - 340](#)
- 08 Kläger war 13 Jahre lang als Leichenumbeter von Weltkriegstoten in Osteuropa und Deutschland tätig – begehrt im Verfahren nach § 44 SGB X die Anerkennung seiner gesundheitlichen Beeinträchtigungen als PTBS gem. § 9 Abs. 2 SGB VII – keine gesicherten medizinischen Erkenntnisse zum Zusammenhang einer PTBS bei Leichenumbetern – Anerkennung einer „Wie-BK“ abgelehnt – Heranziehung von Referenz-Beschäftigten in diesem Fall nicht zulässig – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 27.04.2023 – L 21 U 231/19 – DOK 376.6:143.261 [391 - 402](#)
- 09 Opfer sexueller Gewalt und die Entschädigung durch die sozialen Sicherungssysteme – Darstellung der aktuellen Situation gemäß dem Opferentschädigungsgesetz und dem SGB VII – Probleme und Schwierigkeiten – Ausblick auf das zum Jahr 2024 kommende SGB XIV und dessen Neuerungen – Hinweis auf Aufsatz von Wilfried Echterhoff und Andreas Kranig, Zur Entschädigung der Opfer sexuellen Kindesmissbrauchs im System der sozialen Sicherung – DOK 311.08:376.6 [477](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de; Roswitha.Rath@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
10 Harnblasenkrebs bei einem KFZ-Mechaniker – kein Zusammenhang zu Tätigkeit der Pflege und Wartung von LKWs und Baufahrzeugen – Verfahren nach § 44 SGB X auch im zweiten Anlauf erfolglos – keine neuen Umstände für eine andere Entscheidung ersichtlich – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 30.08.2022 – L 15 U 218/20 – DOK 376.3-1301	506 - 517
10 Tätigkeit eines Dachdeckers und Bauhandwerkers nach Feierabend und Tätigkeit für die wirtschaftliche Masseninitiative sind bei den arbeitstechnischen Voraussetzungen für die Feststellung einer beruflich bedingten Gonarthrose mitzuzählen – aufgrund dieser mit hinzugerechneten Stunden erfüllt der Kläger die tatbestandlichen Anforderungen einer BK Nr. 2112 (Gonarthrose) von 13.000 Stunden – Urteil des Sächsischen LSG vom 19.10.2022 – L 6 U 169/18 – DOK 376.3-2112	518 – 525
10 Städtischer Deponiemitarbeiter erleidet eine BK Nr. 3102 – im Widerspruchsverfahren begehrt er Anerkennung eines chronischen Fatigue-Syndroms (CFS) – Anerkennung eines CFS als BK-Folge verlangt nach objektivem Nachweis der Erkrankung – subjektive Beschwerdeschilderungen genügen dafür nicht – eine statistisch 20-prozentige Wahrscheinlichkeit nach einer Q-Fieber-Infektion an einem CFS zu erkranken erfüllt zudem nicht die Voraussetzungen für den Kausalitätsnachweis i. S. der hinreichenden Wahrscheinlichkeit – Urteil des Hessischen LSG vom 21.02.2023 – L 9 U 74/19 – DOK 376.3-3102	526 - 537
11 Ehemaliger Profifußballer begehrt Anerkennung seiner Meniskus-schäden als BK Nr. 2102 – UV-Träger lehnt BK mangels belastungskonformen Schadensbild ab – LSG sieht aufgrund des Wortlauts des BK-Tatbestandes keine Vorgabe hinsichtlich einer bestimmten Expositionsstundenanzahl – auch eine bestimmte Lokalisation der Schäden im Sinne einer beidseitigen primären Meniskopathie kann wegen der erheblichen dynamischen Bewegungsbeanspruchung bei dieser Sportart nicht gefordert werden – Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 22.05.2023 – L 2 U 78/21 – DOK 376.3-2102	570 - 585
11 Erkrankung eines Mitglieds der freiwilligen Feuerwehr an Hepatitis B – Anerkennung der Hepatitis Infektion als BK Nr. 3101 – beim Bergen und Retten in den Bergen ist von einem ähnlich hohen	586 - 594

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Infektionsrisiko auszugehen wie bei der Behandlung von Patienten im Krankenhaus – Urteil des BSG vom 22.06.2023 – B 2 U 9/21 R – DOK 376.3-3101

- 12 PTBS bei einem Rettungssanitäter als „Wie-BK“ zwischen den Parteien streitig – generelle Geeignetheit als eine der Anspruchsvoraussetzungen des § 9 Abs. 2 SGB VII gegeben – expositionsspezifische Risikohö-
hung hier von maßgeblicher Bedeutung – Erkenntnisse aus Diagnosesystem DSM-V auch „Neu“ i. S. v. § 9 Abs. 2 SGB VII, da bisher vom Verordnungsgeber noch nicht berücksichtigt – Zurückverweisung der Sache, da noch konkrete Tatsachenfeststellungen vorzunehmen sind – Urteil des BSG vom 22.06.2023 – B 2 U 11/20 R – DOK 376.6

[634 - 645](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de; Roswitha.Rath@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

MdE / Rente / haftungsausfüllende Kausalität

- 02 Rechtmäßigkeit der Entziehung einer vorläufigen Rente – Reduzierung der MdE-Höhe um 10 v. H. bei gleichbleibenden Gesundheitsschäden – Besserung des Streckdefizits der verletzten Finger – Zuständigkeit des Rentenausschusses im Hinblick auf die Rentenentziehung nach § 36a SGB IV – erforderliche Anhörung wirksam im Widerspruchsverfahren nachgeholt, auch wenn der UV-Träger eine rechtzeitige Anhörung vor Erlass eines Rentenentziehungsbescheids mit Blick auf den drohenden Ablauf der Dreijahresfrist des § 62 Abs 2 SGB VII bewusst unterlassen hat – Weiterzahlung der Rente unter Beachtung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs stellt keine Weitergewährung im Sinne des § 62 Abs. 2 SGB VII dar – kein Anlass zu weiteren Ermittlungen – keine Verletzung des Amtsermittlungsgrundsatzes – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 08.12.2022 – L 17 U 228/16 – DOK 142.27:143.23:182.11:183.42:225.74:451:454:455 [24 – 35](#)
- 02 Versicherte begehrt Feststellung weiterer Unfallfolgen und eines höheren Jahresarbeitsverdienstes als den Mindest-JAV – hier keine Umstände gegeben, die eine Feststellung des JAV nach billigem Ermessen bedingen – Wartezeit zwischen zwei Ausbildungsabschnitten, die vier Monate übersteigt, führt zu keiner Anwendung des § 90 SGB VII „alte Fassung“ - § 90 SGB VII „neue Fassung“ hier allerdings anwendbar, da die Übergangsvorschrift des § 214 Abs. 2 S. 1 SGB VII dies ermöglicht – Heraufsetzung des Jahresarbeitsverdienstes auf 100% der Bezugsgröße mit Vollendung des 30. Lebensjahres– Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 23.03.2022 – L 3 U 2/21 – DOK 402.4 [58 – 67](#)
- 03 Unfall eines Vorarbeiters in einem Sägewerk – Brustwirbelkörperbrüche durch herabfallende Holzpalette – Jahre später wird eine höhere MdE geltend gemacht – kein Zusammenhang zwischen Unfall und depressiver Verstimmung – keine wesentliche Änderung im Sinne von § 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X – Urteil des LSG Hessen vom 30.08.2022 – L 3 U 209/20 – DOK 143.265 [91 – 102](#)
- 04 Höhe der Verletztenrente streitig – Beklagte gewährt Rente als vorläufige Entschädigung und anschließend Rente auf unbestimmte Zeit nach einer MdE von 30 % – SG verurteilte Beklagte zur [171 – 176](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

- Zahlung einer Verletztenrente nach einer MdE von 35 % – fraglich, ob ältere, anderslautende BSG-Rechtsprechung noch anwendbar – Grundsätze des BSG nur anwendbar wenn Schätzungsgrundlagen im Verwaltungsverfahren richtig ermittelt worden sind – hier auf unfallchirurgischem Gebiet angesetzte MdE von 20 % nach den anerkannten Erfahrungssätzen zu niedrig – Urteil des LSG Rheinland-Pfalz vom 17.01.2023 – L 3 U 173/22 – DOK 451:454:455
- 07 Arbeitsunfall eines Versicherten, dessen Verdienst oberhalb des Höchst-JAV liegt – Überweisung des Unternehmens vor Abschluss des Rentenfeststellungsverfahrens – neuer UV-Träger berechnet Versichertenrente nach seinem satzungsgemäßen Höchst-JAV von 72.000,00 € - dies widerspricht dem Grundsatz des Bestandes der „wohlerworbenen Rechte“ des Verletzten – zudem Anspruch auch nach materieller Rechtslage zum Rentenbeginn gegeben – daher Versichertenrente auf Basis des Höchst-JAV des abgebenden UV-Trägers mit 84.000,00 € zu berechnen – Urteil des Sächsischen LSG vom 20.03.2023 – L 6 U 67/20 – DOK 402.01:512.54 [341 - 351](#)
- 08 Unfall eines Busfahrers im Jahr 2001, bei dem die Unfallverursacherin starb – Jahre später auf-tretende psychische Gesundheitsbeeinträchtigungen sind nicht auf das Unfallereignis zurückzuführen – PTBS-Kriterien vorliegend nicht erfüllt – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 24.04.2023 – L 1 U 1894/21 – DOK 375 [380 - 390](#)
- 09 Pflegehelferin wird auf Grundstück der Pflegeperson von freilaufendem Hund (Dogo-Argentino-Mastiff) angefallen und gebissen – Arbeitsunfall mit daraus resultierenden Bissverletzungen anerkannt – Klägerin begehrt Anerkennung einer unfallbedingten PTBS sowie die Zahlung einer Verletztenrente – LSG sieht Voraussetzungen einer PTBS als im Vollbild erfüllt und auf den Unfall zurückzuführen an – resultierende MdE erst 30, dann 20 v. H. – Urteil des LSG Thüringen vom 15.12.2022 – L 1 U 159/20 – DOK 375 [445 - 458](#)
- 09 Stromunfall eines Versicherten – Arbeitsfähigkeit nach einer Woche – Arbeitsunfall anerkannt – Gesundheitserstschaden vorübergehende Reizsymptomatik des rechten Nervus ulnaris – keine Anerkennung weiterer Unfallfolgen – durch das Unfallereignis verursachte veränderte Lebensumstände, wie betriebliche Konflikte am Arbeitsplatz, sind nicht als Unfallfolge anzuerkennen – keine Zahlung einer Versichertenrente – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 25.01.2023 – L 3 U 984/21 – DOK 375 [459 - 476](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de; Roswitha.Rath@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe	Seite (verlinkt mit Anlagen)
10 Städtischer Deponiemitarbeiter erleidet eine BK Nr. 3102 – im Widerspruchsverfahren begehrt er Anerkennung eines chronischen Fatigue-Syndroms (CFS) – Anerkennung eines CFS als BK-Folge verlangt nach objektivem Nachweis der Erkrankung – subjektive Beschwerdeschilderungen genügen dafür nicht – eine statistisch 20-prozentige Wahrscheinlichkeit nach einer Q-Fieber-Infektion an einem CFS zu erkranken erfüllt zudem nicht die Voraussetzungen für den Kausalitätsnachweis i. S. der hinreichenden Wahrscheinlichkeit – Urteil des Hessischen LSG vom 21.02.2023 – L 9 U 74/19 – DOK 376.3-3102	526 - 537
11 Klägerin begehrt nach einem Sprunggelenksbruch die Anerkennung einer Depression als weitere Unfallfolge – nach den Regeln der Beweiswürdigung ist kein Zusammenhang zum Unfallereignis wahrscheinlich zu machen – Verweis auf Umstand, dass Depression erst nach dem Unfall auftrat, genügt für Zusammenhangsnachweis nicht – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 06.04.2023 – L 12 U 2011/21 – DOK 375	548 - 558
11 Streitige Unfallfolgen bei einem Schulunfall nach Sturz auf den Rücken bei Inliner-Workshop – Adipositas, X-Bein-Stellung und Skoliose nicht auf unfallbedingten Kompressionsbruch des Brustwirbelkörpers zurückzuführen – im SG-Verfahren geltend gemachtes Begehren auf Feststellung einer unfallbedingten PTBS unzulässig – Voraussetzungen für eine ausnahmsweise statthafte isolierte Feststellungsklage nicht gegeben – Urteil des LSG Saarland vom 23.06.2021 – L 7 U 25/20 – DOK 375:375.23:374.11	559 - 569
12 Streit um JAV-Neufestsetzung nach Ausbildungsende – seit Geltung des SGB VII (1997) ist der Vorrang eines Tarifvertrags für die Neufestsetzung nach § 90 maßgeblich – nur in Fällen, in denen für derartige Beschäftigungen keine Tarifregelung besteht, ist das ortsübliche Arbeitsentgelt heranzuziehen – bei einem Versicherten mit Bachelorabschluss kann man sich sachgemäß am TVöD Bund, Entgeltgruppe E 9, Stufe 1 orientieren – im Zuge der Neubewertung nach § 90 SGB VII a.F. sind keine individuellen Gehaltsbestandteile (Dienstwagen, Haustrenk) sowie ein Nebenverdienst hinzuzurechnen – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 21.09.2023 – L 10 U 2719/20 – DOK 402.4	646 - 656

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Heilbehandlung / sonstige Leistungen / allgemeines Leistungsrecht (SGB I)

- 04 [149 – 170](#)
- 08 Versicherter begehrt Kostenbeteiligung für den Einbau einer neuen Heizungsanlage im Rahmen der Wohnungshilfe – LSG lehnt Anspruch per Beschluss ab – Heizungstausch vorliegend keine Maßnahme, die zur behindertengerechten Anpassung des Wohnraums notwendig ist – Beschluss des LSG Niedersachsen-Bremen vom 27.06.2023 – L 6 U 78/21 – DOK 428.5 [403 - 410](#)
- 11 Tod des Versicherten während stationärer Behandlung im Krankenhaus im August 2003 – beklagter Unfallversicherungsträger erhält erst November 2014 durch einen Presseartikel Kenntnis davon, dass Krankenpfleger S. dafür verantwortlich sein könnte – Ermittlungen der Staatsanwaltschaft bestätigen den Verdacht – Versicherter gehörte zu den Personen, bei denen Krankenpfleger S. durch eine nicht indizierte Gabe von Sotalol das Herz-Kreislauf-System zum Erliegen gebracht hatte – Versicherungsfall und Hinterbliebenenleistungen daraufhin anerkannt – Einrede der Verjährung (§ 45 SGB I) für vor dem 01.01.2010 entstandenen Ansprüche auf Geldleistungen – Hemmung der Verjährung erst ab Kenntnis der Beklagten im November 2014 durch Pressebericht – Erhebung der Verjährungseinrede nicht mit Blick auf Treu und Glauben (§ 242 BGB) verwehrt – Ermessen fehlerfrei und gemäß dem Ermächtigungszweck ausgeübt – kein Anspruch auf Zahlung von Hinterbliebenenleistungen bereits vor dem 01.01.2010 – Revision zugelassen – Urteil des LSG Niedersachsen-Bremen vom 20.07.2023 – L 14 U 117/22 – DOK 401.08:471 [595 - 608](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de; Roswitha.Rath@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Zuständigkeit / UV-Pflichtmitgliedschaft

- 06 Kein Anspruch auf Überweisung an eine andere Berufsgenossenschaft – keine wesentliche Änderung bei einem Unternehmen der Tierkörperverwertung, auch wenn der Logistikbereich in der Zwischenzeit den personellen und wirtschaftlichen Schwerpunkt bildet – das bloße Überwiegen eines neuen Schwerpunktes genügt nicht – notwendig ist eine grundlegende und dauernde Umgestaltung des Unternehmens – Urteil des BSG vom 08.12.2022 – B 2 U 17/20 R – DOK 512.5 [296 – 305](#)
- 07 Arbeitsunfall eines Versicherten, dessen Verdienst oberhalb des Höchst-JAV liegt – Überweisung des Unternehmens vor Abschluss des Rentenfeststellungsverfahrens – neuer UV-Träger berechnet Versichertenrente nach seinem satzungsgemäßen Höchst-JAV von 72.000,00 € - dies widerspricht dem Grundsatz des Bestandes der „wohlerworbenen Rechte“ des Verletzten – zudem Anspruch auch nach materieller Rechtslage zum Rentenbeginn gegeben – daher Versichertenrente auf Basis des Höchst-JAV des abgebenden UV-Trägers mit 84.000,00 € zu berechnen – Urteil des Sächsischen LSG vom 20.03.2023 – L 6 U 67/20 – DOK 402.01:512.54 [341 – 351](#)
- 08 Unternehmen der Arbeitnehmerüberlassung begehrt Überweisung zu einer Fach-BG (Beigeladene) – Voraussetzungen des § 136 Abs. 1 S. 4 SGB VII nicht erfüllt – keine wesentliche Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse gegeben – auch bei monostrukturellen Zeitarbeitsunternehmen keine andere Bewertung – Grundsatz der Katasterstetigkeit von hohem Wert – Urteil des LSG Hamburg vom 19.01.2022 – L 2 U 50/19 – DOK 512.4:512.512:513.11:513.31 [411 - 421](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de; Roswitha.Rath@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Beitrag

- 02 Nachforderung eines 10-fach höheren Beitrags auf Basis des Abschlussberichts eines HZA – Beitragsschuldner wehrt sich im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes gegen geänderten Beitragsbescheid – LSG bestätigt ablehnende Entscheidung des SG – der Abschlussbericht des HZA, der auf Basis staatsanwaltlicher Ermittlungen sowie der „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ erstellt wurde, ist ein taugliches Beweismittel um Beitragsnachforderungen zu begründen – Beschluss des LSG Berlin-Brandenburg vom 30.08.2022 – L 3 U 34/22 B ER – DOK 522.5:541 [68 – 81](#)
- 03 Aufrechnung von Beitragsforderungen gegen eine laufende Versichertenrente – Rentenbezieher und Beitragsschuldner wendet sich gegen Aufrechnung nach § 51 Abs. 2 SGB I durch UV-Träger – durchgeführtes Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung stellen kein Hindernis für Aufrechnung bis zur Höhe der halben monatlich gezahlten Versichertenrente dar – unpfändbarer Teil des Vermögens gehört nicht zur Insolvenzmasse – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 12.05.2022 – L 21 U 15/19 – DOK 401.6 [116 – 133](#)
- 07 Haftungsbescheid gegenüber einem auftraggebenden Bauunternehmen – Auftragnehmer zahlte UV-Beiträge nicht und ging in Insolvenz – Exkulpation durch Vorlage qualifizierter Unbedenklichkeitsbescheinigungen – weitergehende Sorgfalts- und Prüfpflichten für das Gelingen der Exkulpation können nicht gefordert werden – dafür mangelt es an rechtlicher Grundlage – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 18.04.2023 – L 9 U 619/22 – DOK 543.5 [352 - 370](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de; Roswitha.Rath@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Verwaltungsverfahren (SGB X)

- 02 Rechtmäßigkeit der Entziehung einer vorläufigen Rente – Reduzierung der MdE-Höhe um 10 v. H. bei gleichbleibenden Gesundheitsschäden – Besserung des Streckdefizits der verletzten Finger – Zuständigkeit des Rentenausschusses im Hinblick auf die Rentenentziehung nach § 36a SGB IV – erforderliche Anhörung wirksam im Widerspruchsverfahren nachgeholt, auch wenn der UV-Träger eine rechtzeitige Anhörung vor Erlass eines Rentenentziehungsbescheids mit Blick auf den drohenden Ablauf der Dreijahresfrist des § 62 Abs 2 SGB VII bewusst unterlassen hat – Weiterzahlung der Rente unter Beachtung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs stellt keine Weitergewährung im Sinne des § 62 Abs. 2 SGB VII dar – kein Anlass zu weiteren Ermittlungen – keine Verletzung des Amtsermittlungsgrundsatzes – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 08.12.2022 – L 17 U 228/16 – DOK 142.27:143.23:182.11:183.42:225.74:451:454:455 [24 – 35](#)
- 04 Darstellung der historischen Entwicklung und der gesetzlichen Regelung des sozialrechtlichen Anhörungsrechts – Änderung der Heilungsmöglichkeiten zum Jahr 2001 – Kritik an der Rechtsprechung des 2. BSG Senats – Favorisierung einer restriktiven Handhabung der Heilungsmöglichkeit (gerade im Fall der bewusst unterlassenen Anhörung) – Hinweis auf Aufsatz von Lara Brosi, Denis Hederemann, Der Anspruch auf Anhörung im sozialrechtlichen Verwaltungsverfahren: Entwicklung, Voraussetzungen und Rechtsfolgen einer Verletzung unter besonderer Berücksichtigung der vorsätzlichen Unterlassung – DOK 142.27:143.23:183.41 [177 – 178](#)
- 05 Verweigerung der weiteren Hörgeräteversorgung bei einer anerkannten BK-Lärm wegen „Abschmelzung“ aufgrund unfallunabhängiger Verschlimmerung – Voraussetzungen des § 48 Abs. 3 SGB X nicht gegeben, da es u.a. an einer Änderung zu Gunsten des Versicherten fehlt – Urteil des LSG Sachsen-Anhalt vom 10.11.2022 – L 6 U 87/20 – DOK 143.265:143.262 [178 – 184](#)
- 07 Anerkannter Wegeunfall mit Verletztenrente nach einer MdE von 20 v.H. – Nichtberücksichtigung einer Erhöhung auf 30 v.H. gemäß § 48 Abs. 3 SGB X und „einfrieren“ der Verletztenrente fehlerhaft – ursprüngliche Bescheide waren nicht rechtswidrig – auf Unfall von [306 - 315](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de; Roswitha.Rath@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

1983 RVO anzuwenden – Wegeunfall richtigerweise anerkannt – Warten nach dem ersten Auffahrunfall hinter dem Fahrzeug stand noch in einem sachlichen Zusammenhang mit der versicherten Zurücklegen des Weges – Handlungstendenz weiter auf Fortsetzung des Weges gerichtet – neuere BSG-Rechtsprechung zu Regulierungsgesprächen nach einem Verkehrsunfall wegen des enger gefassten § 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII nicht zu berücksichtigen – Rechtsgedanke des § 48 Abs. 2 SGB X steht dem entgegen – Anspruch der Klägerin ab dem 01.12.2015 auf eine Verletztenrente nach einer MdE von 30 v.H. – Urteil des BSG vom 30.03.2023 – B 2 U 5/23 R – DOK 143.265:372.12:374.28

Sozialgerichtsverfahren (SGG)

- 02 Rechtmäßigkeit der Entziehung einer vorläufigen Rente – Reduzierung der MdE-Höhe um 10 v. H. bei gleichbleibenden Gesundheitsschäden – Besserung des Streckdefizits der verletzten Finger – Zuständigkeit des Rentenausschusses im Hinblick auf die Rentenentziehung nach § 36a SGB IV – erforderliche Anhörung wirksam im Widerspruchsverfahren nachgeholt, auch wenn der UV-Träger eine rechtzeitige Anhörung vor Erlass eines Rentenentziehungsbescheids mit Blick auf den drohenden Ablauf der Dreijahresfrist des § 62 Abs 2 SGB VII bewusst unterlassen hat – Weiterzahlung der Rente unter Beachtung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs stellt keine Weitergewährung im Sinne des § 62 Abs. 2 SGB VII dar – kein Anlass zu weiteren Ermittlungen – keine Verletzung des Amtsermittlungsgrundsatzes – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 08.12.2022 – L 17 U 228/16 – DOK 142.27:143.23:182.11:183.42:225.74:451:454:455 [24 - 35](#)
- 02 Klage und Begehren einstweiligen Rechtsschutzes gegen die Umschreibung einer britischen „Limited“ Gesellschaft in ein Einzelunternehmen nach deutschem Recht – Konsequenzen aus dem Brexit – auf die für EU-Mitglieder geltende Niederlassungsfreiheit und damit einhergehende Gründungstheorie könne sich die Gesellschaft und der Alleingesellschafter nicht mehr berufen – nach dem nunmehr maßgeblichen internationalen Gesellschaftsrecht gilt die modifizierte Sitztheorie – danach ist maßgebend der tatsächliche Verwaltungssitz, der bei den Antragstellern in Deutschland liegt – da das deutsche Gesellschaftsrecht keine Ein-Personen-Personengesellschaft kennt, wachsen sämtliche Aktiva und Passiva der „Limited“ dem einzigen Gesellschafter im Wege der Gesamtrechtsnachfolge an – im Übrigen hier auch keine Umstände gegeben, die eine Anordnung der aufschiebenden Wirkung begründen könnten – Urteil des LSG Nordrhein-Westfalen vom 31.08.2022 – L 4 U 78/22 B ER – DOK 182.2:511.1:512.2:512.3 [36 - 46](#)
- 04 Darstellung der historischen Entwicklung und der gesetzlichen Regelung des sozialrechtlichen Anhörungsrechts – Änderung der Heilungsmöglichkeiten zum Jahr 2001 – Kritik an der Rechtsprechung des 2. BSG Senats – Favorisierung einer restriktiven Handhabung der Heilungsmöglichkeit (gerade im Fall der bewusst unterlassenen [177 - 178](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Anhörung) – Hinweis auf Aufsatz von Lara Brosi, Denis Heder-
mann, Der Anspruch auf Anhörung im sozialrechtlichen Verwal-
tungsverfahren: Entwicklung, Voraussetzungen und Rechtsfolgen
einer Verletzung unter besonderer Berücksichtigung der vorsätzli-
chen Unterlassung – DOK 142.27:143.23:183.41

- 12 Berufungseinlegung durch Behörde per Telefax – Behörden ist zur
Übermittlung eines elektronischen Dokuments verpflichtet – nach
§ 2 Abs. 1 Satz 1 ERVV ist das elektronische Dokument im Da-
teiformat PDF zu übermitteln – Telefaxschreiben genügt den gelten-
den Vorschriften zur Übermittlung eines elektronischen Dokumen-
tes nicht – Berufung unzulässig – Beschluss des LSG Baden-Würt-
temberg vom 08.08.2023 – L 10 U 1328/23 – DOK 182.22:186.1

[609 - 613](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der
Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)
Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath
Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,
Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de; Roswitha.Rath@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Sonstiges Verfahrensrecht

- 03 Aufrechnung von Beitragsforderungen gegen eine laufende Versichertenrente – Rentenbezieher und Beitragsschuldner wendet sich gegen Aufrechnung nach § 51 Abs. 2 SGB I durch UV-Träger – durchgeführtes Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung stellen kein Hindernis für Aufrechnung bis zur Höhe der halben monatlich gezahlten Versichertenrente dar – unpfändbarer Teil des Vermögens gehört nicht zur Insolvenzmasse – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 12.05.2022 – L 21 U 15/19 – DOK 401.6 [116 - 133](#)

Ausgabe

Seite
(verlinkt mit Anlagen)

Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX)

- 08 Versicherter begehrt Kostenbeteiligung für den Einbau einer neuen Heizungsanlage im Rahmen der Wohnungshilfe – LSG lehnt Anspruch per Beschluss ab – Heizungstausch vorliegend keine Maßnahme, die zur behindertengerechten Anpassung des Wohnraums notwendig ist – Beschluss des LSG Niedersachsen-Bremen vom 27.06.2023 – L 6 U 78/21 – DOK 428.5 [403 - 410](#)

Impressum:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR) wird herausgegeben von der Hochschule der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU)

Internet: www.dguv.de/hochschule

Verantwortlich für den Inhalt:

Dietmar Kaminski, Roswitha Rath

Tel.: 030 13001 6555, Fax: 030 13001 69586,

Email: Dietmar.Kaminski@dguv.de; Roswitha.Rath@dguv.de

Zitierweise:

UV-Recht & Reha Aktuell (UVR), Ausgabe/Jahr, Seite